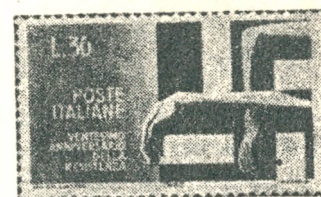
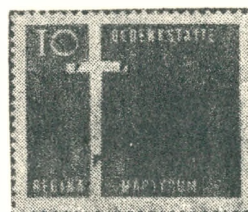


# DER MAHNRUF

MITTEILUNGSBLATT FÜR DIE MITGLIEDER DER VVN WESTBERLIN



*Dokumente des Widerstandes*  
*Siehe Seite 1*



# Dokumente des Widerstandes

- Zu unserem Titelblatt -

Briefmarken finden nicht nur das Interesse von Sammlern - sondern Millionen Menschen bekommen sie täglich mit ihrer Post vor Augen. Diesen Umstand haben sich alle Kulturstaaten zunutze gemacht, um durch Sondermarken auf bestimmte Anlässe des Gedenkens, auf politische, kulturelle oder sportliche Ereignisse in breitester Öffentlichkeit hinzuweisen.

Unter diesen Sondermarken nehmen solche, die an bedeutsame Ereignisse und Persönlichkeiten des antifaschistischen Widerstandskampfes erinnern, heute bereits einen breiten Raum ein. Alle Länder, die unter dem Faschismus litten und dagegen gekämpft haben, gaben im Verlauf der 20 Jahre seit der Befreiung Einzelmarken und Markenserien zu bestimmten Anlässen und Gedenktagen heraus, die man mit Recht als Dokumente des Widerstandes bezeichnen kann.

Inzwischen sind Hunderte solcher Marken erschienen, vor allem im letzten Jahr zum 20. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, der in den einzelnen Ländern auf unterschiedliche Daten fällt. Groß ist auch die Zahl der Sondermarken und Serien, die an einzelne hervorragende antifaschistische Kämpfer und Märtyrer des Widerstandes erinnern, die die Treue zu ihrer Überzeugung höher setzten als das eigene Leben. Gerade diese Marken sind es, die die Lebenden, vor allem die junge Generation, auf Leben, Kampf und Schicksal jener Menschen hinweisen, die in unserer jüngsten Vergangenheit mutig gegen Krieg und Verbrechen aufstanden.

Im vergangenen Jahre kam nun der Gedanke auf, diese speziellen, über den Widerstand aussagenden Briefmarken in Ausstellungen zu zeigen. Das geschah erstmalig in Italien, wo anlässlich des Nationalkongresses der Befreiung im Turiner Palazzo Carignano vom 3. bis 10. Oktober 1965 eine internationale Ausstellung von Briefmarken über die Widerstandsbewegung gezeigt wurde, die sowohl bei Philatelisten als auch bei politisch Interessierten sehr großen Anklang fand. Anlässlich des V. Kongresses

der FIR fand nun zum zweitenmal eine Ausstellung dieser Art vom 9. bis 13. Dezember v.J. in Budapest statt, die ebenfalls sehr großes Interesse fand. Über diese Ausstellung wird die FIR ein Album herausgeben, das die zu diesem Themenkreis in allen Ländern herausgebrachten Briefmarken zeigen soll. - An dem Gesagten mag man erkennen, welche Bedeutung der kleinen unscheinbaren Briefmarke in dem Bestreben zukommt, die Lehren und Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes in Nutzenanwendung auf unsere Gegenwart und Zukunft zu bringen.

Unser Titelblatt zeigt 12 Widerstandsmarken aus 11 Ländern; von links nach rechts:

1. SOWJETUNION: Sondermarke zum IV. Kongreß der FIR, 1962.
2. ISRAEL: Sondermarke zum 20. Todestag des polnischen Arztes und Pädagogen Janusz Korczak, Juli 1962.
3. TSCHECHOSLOWAKEI: Sondermarke zum 20. Jahrestag des Massakers von Lidice, Juni 1962.
4. JUGOSLAWIEN: Sondermarke 'Partisangruppe' zum 20. Jahrestag der Schlacht von Sutjeska, 1963.
5. POLEN: Sondermarke zu Ehren von Janusz Korczak, (Serie) 12.11.62.
6. FRANKREICH: Sondermarke zu Ehren der von den Nazis erschossenen Patrioten 'Denkmal auf dem Mont Vakérien, (Serie) 7. April 1962.
7. RUMÄNIEN: Sondermarke zum 10. Jahrestag der Befreiung - Darstellung des Sowjetsoldaten vom Ehrenmal in Berlin-Treptow.
8. BRD: Sondermarke zur Einweihung der Kirche Regina Martyrum in Berlin-Plötzensee, Mai 1963.
9. ITALIEN: Sondermarke zum 20. Jahrestag der Widerstandsbewegung.
10. DDR: Sondermarke Soja Kosmodemjanskaja, SU, 1923-41 - Mai 1962
11. DDR: Sondermarke aus der Serie 'Deutsche Widerstandskämpfer' - Franz Jakob.
12. BULGARIEN: Sondermarke zum 20. Jahrestag der Befreiung, 8. Sept. 1964.

# V. KONGRESS DER FIR IN BUDAPEST

In Budapest versammelten sich vom 9. bis 12. Dezember v.J. die Delegierten zum V. Kongreß der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR). Der Organisation gehören 47 Verbände aus 21 europäischen Staaten sowie aus Israel an.

175 stimmberechtigte Delegierte und 98 Gäste und Beobachter aus 23 Ländern, die 68 Vereinigungen von Widerstandskämpfern und Opfern des Faschismus repräsentierten, nahmen an den Beratungen teil. Unsere Organisation, die VVN Westberlin, hatte als Delegierten den Kameraden Emil Redmann entsandt.

Folgende Probleme standen im Mittelpunkt der Beratungen:

- \* die Europa und der Welt durch den westdeutschen Militarismus drohenden Gefahren, die durch das hartnäckige Bemühen der westdeutschen Militärs und führenden Bonner Politiker, ein "atomares Mitbestimmungsrecht" zu erlangen, akut geworden sind;

- \* der durch die amerikanische Intervention in ein gefährliches Stadium gerückte Krieg in Vietnam, der den Keim eines weltweiten atomaren Konfliktes in sich birgt;

- \* das Bemühen der ehemaligen Widerstandskämpfer und Naziopfer, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um dieser gefährlichen Entwicklung entgegenzuwirken;

- \* die Aufgaben, die vor den Widerstandskämpfern stehen, um gegen jede Form der Wiedererstehung des Nazismus und Faschismus, des Antisemitismus und des Rassenhasses, für die Verteidigung der Freiheit und der Menschenwürde zu kämpfen.

Der Kongreß kam zu der Auffassung, daß es das Hauptanliegen aller ehemaligen Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus sein muß, die gemeinsam gegen die nazistisch-faschistische Diktatur gekämpft haben und kämpfen, sich zu sammeln und zu einigen, um ihre geschlossene Kraft zur Erhaltung bzw. zur Herstellung des Friedens, für die Millionen ihrer Kameraden ihr Leben eingesetzt und

hingegen haben, wirksam werden zu lassen. - Neben den politischen Hauptfragen wurden auch spezifische Probleme, Fragen und Aufgaben der vertretenen Organisationen und Länder behandelt und eine Reihe von Entschließungen verabschiedet.

Der Kongreß erhielt zahlreiche Glückwünsche, u.a. von dem Kirchenpräsidenten Niemöller, desgleichen von den diplomatischen Vertretungen in der ungarischen Hauptstadt der Länder Belgien, Albanien, CSSR, DDR, Frankreich, Italien, Israel, Jugoslawien und Sowjetunion. Für die gastgebende Nation begrüßte der stellvertretende ungarische Ministerpräsident Lajos Feher den Kongreß.

Für den aus Gesundheitsrücksichten ausscheidenden Präsidenten der FIR, Senator Prof. Ettore Tibaldi, wurde Senator Arialdo Banfi (Italien) zum neuen Präsidenten gewählt. Der Tätigkeitsbericht des Sekretariats der FIR wurde von dem Generalsekretär Jean Toujas gegeben. Nach ihm sprachen die Vertreter der nationalen Verbände, u.a. Dr. J.C. Rossaint für die VVN der Bundesrepublik und Hermann Matern für das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR. Kamerad Emil Redmann nahm zu den Problemen und Aufgaben der VVN Westberlin Stellung.

Anläßlich des Kongresses fanden in Budapest eine Reihe von Veranstaltungen statt. In den Räumen des ungarischen Partisanenverbandes wurde eine internationale Briefmarkenausstellung der Widerstandsbewegung eröffnet. In der Nationalgalerie wurde die Ausstellung "Ungarische Maler und Bildhauer gegen den Faschismus" im Rahmen eines Festaktes eröffnet. Für die Kongreßteilnehmer wurde ein Festabend mit künstlerischen Darbietungen im Zentralen Klub der ungarischen Volksarmee gegeben. Abschließend fand im Budapester Parlament ein Empfang statt, bei dem Ministerpräsident Kallay die Delegierten und Gäste begrüßte. Die ungarische Postverwaltung gab zum Kongreß eine Sondermarke mit dem FIR-Emblem heraus.

# 1966 - Für ein Jahr der Sicherheit und des Friedens

Nach wie vor ist es auch im neuen Jahr Verpflichtung aller guten Deutschen, Demokraten, Widerstandskämpfer und Verfolgten des Nazi-regimes, das Vermächtnis der Millionen Opfer des Faschismus in die Tat umzusetzen: "Nie wieder dürfen von deutschem Boden Faschismus und Krieg ausgehen!" Am Anfang des neuen Jahres sollte den Deutschen in Westberlin und in der Bundesrepublik klar sein, daß ein gemeinsamer und beharrlicher Kampf notwendig sein wird, damit 1966 ein Jahr der Sicherheit und des Friedens wird. Stellen wir in der Frage des Friedens das Regierungsprogramm des Kanzlers Erhard der Neujahrsbotschaft des Staatsratsvorsitzenden der DDR Walter Ulbricht gegenüber, so wird klar ersichtlich, wo die Chance des Friedens und wo die Gefahr für den Frieden zu finden ist.

## Vorschläge des Staatsrates der DDR:

- \* Beide deutsche Staaten verzichten auf Atomrüstung und Beteiligung an der Verfügungsgewalt über atomare Waffen in jeglicher Form;
- \* beide deutsche Staaten anerkennen die bestehenden Grenzen in Europa;
- \* beide deutsche Staaten erklären ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über die Abrüstung in Deutschland;
- \* die Deutsche Demokratische Republik und die westdeutsche Bundesrepublik nehmen im Interesse des Friedens und der europäischen Sicherheit diplomatische Beziehungen zu allen Staaten der NATO bzw. zu allen Staaten des Warschauer Vertrages auf;
- \* beide deutsche Staaten leisten feierlich Verzicht auf solche Maßnahmen, Gesetze und Anordnungen, die den Weg zur Überwindung der Spaltung und zur Wiedervereinigung blockieren, wie z.B. atomare Aufrüstung, Notstandsgesetzgebung usw.;
- \* die Regierungen beider deutscher Staaten treten in Verhandlungen mit dem Ziel ein, die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und ihren Bürgern zu normalisieren.

## Aus dem Programm des Bundeskanzlers:

- \* "An der nuklearen Verteidigung müssen die Bundesgenossen nach dem Grad ihrer Bedrohung und nach dem Grad ihrer Lasten beteiligt werden."
- \* Ein Deutschland wird gefordert, "daß nach geltender Rechtsauffassung in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 fortbesteht, solange nicht eine frei gewählte gesamtdeutsche Regierung andere Grenzen anerkennt."
- \* Bundeskanzler Erhard betont, "daß Abrüstungsmaßnahmen das Kräftegleichgewicht weder global noch regional verschieben dürfen".
- \* "Wir sollten aber nicht von jeder nuklearen Beteiligung ferngehalten werden, nur weil wir ein geteiltes Deutschland sind. Die Spaltung Deutschlands ist ein Unrecht. Dem darf nicht ein zweites dadurch hinzugefügt werden, daß man uns die Verteidigung gegen die eigene Bedrohung aus dem Osten erschwert".
- \* Die Bundesregierung erblickt nach wie vor "in einer Anerkennung oder einer internationalen Aufwertung der Zone einen unfreundlichen Akt, der sich gegen die Wiederherstellung der deutschen Einheit richtet".

Nach gründlichem Durchdenken des Programms der Bundesregierung kann mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß das vorgetragene außenpolitische Atom- und Grenzrevisions-Programm, das Fehlen jeglicher Vorschläge für eine Abrüstung, für eine innerdeutsche Verständigung, sowie der scharfe, offensichtlich gegen die Interessen und Forderungen der Arbeiter und Angestellten gerichtete Kurs, das starre Festhalten an einer Notstandsgesetzgebung, nur zu einer weiteren Verschärfung



# Auschwitz - Bilder - Dokumente

Bis zum 30. Januar noch ist in der Lebensstraße 2, direkt am Bahnhof Zoo, diese wertvolle und für Westberlin einmalige Ausstellung zu sehen, die erstmalig während des Auschwitz-Prozesses in Frankfurt am Main gezeigt wurde. Zudem wird dort täglich dreimal der französische Dokumentarfilm "Nacht und Nebel" vorgeführt. Dem Inhalt der Ausstellung entspricht in etwa der dort erhältliche Katalog, der folgendes Geleitwort enthält:


"Mit dem Namen Auschwitz verbinden sich unauslöschlich Entsetzen und Scham, Leid und Schuld. Es gibt kein Vergessen. Auch nach mehr als zwei Jahrzehnten stehen wir als Angehörige eines Volkes, in dessen Namen millionenfach gemordet wurde, fassungslos vor den Verbrechen an der Menschheit. Der grauenhafte Vorsatz eines teuflischen Regimes, Menschen wegen ihrer Herkunft und ihres Glaubens zu vernichten, fand unter uns nur allzusehr willige Vollstrecker. Die Frage nach dem Gewissen von Menschen, die ihresgleichen quälten und mordeten, scheint vergeblich zu sein. Wenn es ein Vermächtnis gibt, dann dies: Wir müssen mit dem Wissen leben, daß es ein Auschwitz gab, wir müssen mit dem Willen leben, daß es Auschwitz nie wieder geben darf."

Diese Worte des Regierenden Bürgermeisters Brandt kann jeder ehrliche Mensch nur voll und ganz beherzigen - sie stellen jedoch zugleich die Aufgabe, noch manches zu ändern, das auch in unserer Stadt leider Wirklichkeit ist und diesem Vermächtnis widerspricht. Die anscheinend vergebliche Frage nach dem Gewissen der Mörder (und ihrer Helfershelfer) verpflichtet um so mehr zu umfassender Sühne ihrer Verbrechen in aller Konsequenz. Gerade diese erschütternde Ausstellung sollte die Bereitschaft dazu bei allen Verantwortlichen bestärken.

Die Feder wehrt sich, das Grauen wie-

derzugeben, von dem Bilder und Dokumente über die größte, perfekt funktionierende Mordanstalt des Verbrechensregimes Zeugnis geben. Man muß es sehen, um es begreifen und glauben zu können. Aber auch dem bereits Wissenden vermittelt die Ausstellung manches, was ihm noch nicht genügend bewußt war. So die unumstößlichen Beweise über die direkte Beteiligung und Gewinnausbeutung deutscher Großbetriebe am Massenmorden.

Sie verdienten nicht nur am gelieferten Giftgas Zyklon B, am Phenol zum "Abspritzen", an den Verbrennungsöfen, sie verdienten ein vielfaches mehr an der skrupellosen Ausbeutung der zum Tode bestimmten Häftlinge, von denen allein 250 000 durch das "Nebenlager" Monowitz gingen, einer eigenen Anstalt der IG Farben, in der die Sklavenarbeiter für das Buna-Werk gehalten wurden. Von dort gab es für den restlos Ausgebeuteten nur den einen letzten Weg: mit dem Lastwagen direkt in die Gaskammer - wogegen sich noch manche der zu Tode Erschöpften verzweifelt wehrten. - Womit sind denn diese schändlichen Verbrechen der Herren von IG Farben bis heute gestraft und gesühnt worden? - Sie leben satt und glänzend und ohne Gewissen in dem Staatswesen, dem Lübke und Erhard vorstehen, an und ab ihnen auch noch eine ehrende staatliche Auszeichnung zukommenlassend.

Dieses und noch vieles mehr lehrt diese Ausstellung, wenn man sich ihr mit Sorgfalt widmet. Das tun viele Besucher; aber es sind mehr ältere denn junge, manche darunter, die an dem Leid der Verfolgung teilhatten. Aber die anderen vor allem müßten es doch sehen! Alle die, die heute noch immer nicht überzeugt sind, daß so die brutale Wirklichkeit war - worin sie durch eine gewisse Presse nur noch allzusehr bestärkt werden. Hier ergibt sich eine notwendige Aufgabe für alle demokratischen Organisationen - und wäre es nicht sinnvoll und nützlich, wenn j e d e 

Westberliner Oberschulklasse dieser Ausstellung einen Unterrichtstag widmen würde? -

Ein großes Verdienst der Ausstellung ist es auch, wenn sie zeigt, daß es unter den Todgeweihten von Auschwitz Menschen gab, die Solidarität mit ihresgleichen trotz aller eigenen Not übten und die den großen, todesverachtenden Mut aufbrachten, Widerstand gegen ihre damals übermächtigen Peiniger zu leisten. Diese Zeugnisse des Widerstandes und des ungebrochenen menschlichen Mutes sind umso erschütternder, wenn man auf der ge-

genüberliegenden Ausstellungswand der satten Spießbürger-Erscheinungen jener brutalen und zugleich erbärmlich feigen Mörder ansichtig wird, die in Frankfurt mit zum großen Teil so geringen Strafen davorkamen: sie haben kein Gewissen, denn sie haben noch heute den traurigen Mut unter Menschen wie Menschen leben zu wollen. -

Das ist der deprimierende Ausklang dieser wertvollen Ausstellung, mit dem die verpflichtende Aufgabe gegeben wird nicht nur gerechte Sühne zu fordern, sondern eine Wiederholung ähnlicher Menschlichkeitsverbrechen für immer zu verhindern.

## Über die Lage in Westberlin

Aus dem Diskussionsbeitrag des Kameraden Emil Redmann auf dem V. FIR-Kongreß

...Im Tätigkeitsbericht der FIR wird mit Recht auf die Wiedererrichtung des Militarismus in der Bundesrepublik und auf die aus der Revanchepolitik entstehenden großen Gefahren für den Frieden in Europa und in der Welt hingewiesen.

Westberlin spielt in den aggressiven Plänen der herrschenden Kreise der Bundesrepublik eine besondere Rolle. Entgegen allen internationalen Abkommen versuchen sie das Territorium Westberlins weiterhin für ihre revanchistische Politik zu mißbrauchen. Als Feinde jedweder Entspannung haben sich die regierenden Kräfte in Westdeutschland schon mehrmals widerrechtlich in die zwischen den Beauftragten des Senats und der Regierung der DDR geführten Verhandlungen eingemischt, um die Unterzeichnung einer neuen Besuchsregelung von Bürgern Westberlins in die Hauptstadt der DDR zu verhindern.

Die ehrlichen Bemühungen der DDR und die Forderungen der Bürger Westberlins, die den Abschluß eines neuen Passierscheinabkommens begrüßten, führten zur Zurückweisung der Bonner Einmischung und zum erfolgreichen Abschluß einer neuen Passierscheinübereinkunft.

Der positive Ausgang der Verhand-

lungen zwischen den Beauftragten des Senats von Westberlin und dem Beauftragten der Regierung der DDR wird von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung unserer Stadt begrüßt. Zugleich wächst die Erkenntnis, daß bei ehrlichen Verhandlungen auch andere komplizierte Fragen einer befriedigenden Lösung zugeführt werden können. Das fürchtet Bonn. Unterstützt von den revanchistischen Kreisen im Westdeutschland versuchen die reaktionären und verständigungsfeindlichen Kräfte in unserer Stadt, den kalten Krieg, die Spannungen gegenüber der DDR und anderen Staaten zu verschärfen. Obwohl nach dem Artikel 21 der Verfassung von Westberlin Revanche- und Völkerhetze unter Strafe gestellt wird, können revanchistische Organisationen, wie die Landsmannschaften und Soldatenverbände, und Organisationen faschistischen Charakters wie die SS-Hiag, der Stahlhelm und der Kyffhäuserbund Revanche- und Völkerhetze betreiben, ohne dafür zur Verantwortung gezogen zu werden.

Auf den Veranstaltungen dieser revanchistischen Organisationen werden Politiker und Publizisten, die für eine Politik der Verständigung und Verhandlungen, für die friedliche Lösung der deutschen Frage, für die

Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze auftreten, des Landesverrats bezichtigt.

Auf einer vor kurzem stattgefundenen Kundgebung hat der Vorsitzende der Westberliner Revanchistenorganisation "Bund der Vertriebenen", Dr. Hans Matthee, erklärt, "unser Problem muß zum Problem Nummer eins in Deutschland und in der Welt gemacht werden, unser Anliegen zum Anliegen aller Deutschen werden... Wenn wir mit unserem Treffen im deutschen Volk Unruhe stiften, dann haben wir schon viel erreicht. Die Welt dürfe nicht zur Ruhe kommen, ehe nicht die territorialen Ansprüche der Landsmannschaften erfüllt seien."

Es besteht kein Zweifel, daß die Urheber der faschistischen Exzesse der letzten Zeit gegen progressive Kräfte in Westberlin in den Reihen dieser revanchistischen und neonazistischen Organisationen zu suchen sind. Faschistische Elemente versuchten, die Wohnungen des Schriftstellers Günter Grass und des Publizisten Dr. Karl Silex in Brand zu stecken. Grass hat sich für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ausgesprochen und Dr. Silex in einem Leitartikel des in Westberlin erscheinenden "Tagesspiegel" die Denkschrift der Evangelischen Kirche Westdeutschlands begrüßt.

Der über die deutschen Grenzen weltbekannte, anerkannte Intendant der Westberliner Volksbühne, Erwin Piscator, hat sich mit der Aufführung des Auschwitz-Stückes von Peter Weiß, "Die Ermittlung", den Zorn der revanchistischen, neonazistischen Kreise zugezogen. In Briefen und Telefonanrufen wurden und werden gegen Erwin Piscator offene Mord-Drohungen ausgesprochen. "Komintern-Bolschewist" - "Feind des Volkes und der Jugend" - "Verschwinden Sie aus Deutschland mit ihrem ergaunerten Geld" - so und ähnlich lautet das faschistische Vokabular, das diesen aufrechten Deutschen, diesen antifaschistischen Intendanten in die Knie zwingen soll. Die politischen Brandstiftungen, das Schmieren von Hakenkreuzen, faschistischer und antisemitischer Losungen durch faschistische Elemente in Westberlin haben die Öffentlichkeit alarmiert.

Unsere Organisation hat die friedliebenden, demokratischen Kräfte in unserer Stadt aufgefordert, den faschistischen Provokationen entschlossen entgegenzutreten und die strengste Bestrafung der Täter und ihrer Hintermänner verlangt. Das von der VVN Westberlin seit langem geforderte Verbot revanchistischer Veranstaltungen und die Auflösung militaristischer, revanchistischer und neonazistischer Organisationen wäre ein wichtiger Schritt, der Revanche- und Völkerhetze und ihren Trägern wirksam zu begegnen und eine wichtige Maßnahme, um die Sammlung der dunklen Kräfte der Vergangenheit zu verhindern.

Die wachsende Gefahr, die durch die aggressive Politik der westdeutschen Regierung für den Frieden in Europa entstanden ist, erfordert eine große Aktivität der Volksmassen zur Verhinderung dieser menschenfeindlichen Pläne.

An der Entschlossenheit aller friedliebenden Menschen können und werden die westdeutschen Revanchisten letzten Endes scheitern.

## SS- und Gestapo-Henker

Die Zustände im Bundesamt für Verfassungsschutz wurden durch den Pättsch-Prozeß etwas aufgehellt. Pättsch wurde verurteilt, weil er der Presse mitgeteilt hatte, daß in seinem Amte Briefe geöffnet und Telefonate abgehört werden. Er sagte u. a. aus, sein Gruppenleiter im Amte sei schon 1932 der SS beigetreten und habe offen zugegeben, an 50 Todesurteilen gegen Nazigegner beteiligt gewesen zu sein. - Die leitenden Beamten der Spionageabwehr seien bis 1957 unter falschem Namen eingestellt worden: "Vorher verließen diese alten Gestapoleute fluchtartig das Haus, wenn Mitglieder der alliierten Nachrichtendienste zu uns kamen". Man sieht: SS- und Gestapo-Henker "schützen" die Demokratie!

# Freispruch des Mörders Verbelen in Ulien

Der ehemalige SS-Obersturmbannführer Robert Jan Verbelen, belgischer Nationalität, hatte in den Jahren 1943/44 mehrere seiner Landsleute ermorden lassen, bzw. bei deren Ermordung direkt mitgewirkt. Deshalb wurde er am 14. Oktober 1947 von einem belgischen Gericht in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

Verbelen indessen wurde nach dem Kriege in die Dienste des amerikanischen Geheimdienstes CIC aufgenommen, für den er sich auf dem Boden Österreichs so nützlich machte, daß er sogar die dortige Staatsbürgerschaft ohne große Schwierigkeiten erwerben konnte. Dadurch war der "Österreicher" Verbelen bestens geschützt und so wurden auch mehrere Auslieferungsersuchen seines Heimatlandes Belgien abgelehnt.

Dennoch sah man sich jetzt endlich, im Dezember 1965, genötigt, Verbelen in Wien vor Gericht zu stellen. Doch hier konnte Verbelen seine Trümpfe, nämlich seine nachmaligen Dienste für den CIC bestens ausspielen, seine Mordtaten als "rechtmäßig" und die durch ihn und seine Komplizen Ermordeten als die Schuldigen darstellen. Bereitwillig billigten ihm die Geschworenen den "Befehlsnotstand" zu und bauten so dem Kriegsverbrecher die goldene Brücke für ein freisprechendes Urteil.

Gegen diesen Freispruch eines mehrerer Mordhandlungen überführten SS-Kriegsverbrechers, der von dem Wiener Gericht in mehr als nur einer Beziehung begünstigt wurde, haben sich in und außerhalb Österreichs starke Proteste erhoben. Auch unsere Organisation wandte sich mit dem nachfolgenden Schreiben an die Österreichische Delegation in Westberlin.

Berlin 44, den 28. 12. 1965

Sehr geehrte Herren!

Mit Bestürzung haben wir von dem Freispruch des ehemaligen belgischen SS-Führers R. J. Verbelen erfahren, der jetzt in Wien vor Gericht stand.

Verbelen hat erwiesenermaßen schwere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen, deren Bestrafung und Sühne durch das heute geltende Völkerrecht geboten ist. Wie in vielen Ländern Europas sind auch in Österreich unzählige unschuldige Menschen von SS-Mord- und Ausrottungskommandos getötet worden. Das jede Regierung und jedes Land verpflichtende Recht aller dieser Opfer und ihrer Angehörigen ist es, unabhängig von Zeit und Ort Sühne für diese Untaten zu fordern.

Die Würdigung dieses Rechtes und die Solidarität mit allen Opfern der Schreckensherrschaft der SS verpflichten uns, gegen das jetzt in Wien gefällte Urteil schwerste Bedenken geltend zu machen und um dessen Revision zu ersuchen.

Wir erlauben uns daher die Bitte auszusprechen, unsere Bestürzung über den Freispruch des Kriegsverbrechers Verbelen und unser Ersuchen den zuständigen Behörden Ihres Landes zur Kenntnis zu bringen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
V V N Westberlin

In einem Antwortschreiben vom 30. 12. 1965 teilte die Österreichische Delegation mit, daß der Protest der VVN Westberlin dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Wien vorgelegt worden ist.

## 44-Leute können noch immer über uns zu Gericht sitzen

Noch immer, trotz aller Proteste, können ehemalige Angehörige der verbrecherischen SS in der Justiz verantwortliche Ämter einnehmen. Dieser untragbare Zustand wird erneut durch eine Dokumentation des Präsidiums der VVN "SS in der bundesdeutschen Justiz" unter Beweis gestellt. In der Schrift werden 34 heute amtierende Richter und Staatsanwälte, darunter sogar Gerichtspräsidenten und ein Bundesrichter aufgeführt, die freiwillig in der SS dienten und demzufolge zum Teil steile Karrieren machten.

Der Bundesrichter Friedrich Pütz kann heute am Bundesverwaltungsgericht in Westberlin ein hohes Richteramt ausüben, obwohl er als überzeugter Nazi schon vor Hitlers Machtantritt der SS beitrat, alsbald in der NSDAP politischer Leiter wurde, dem "NS-Rechtswahrerbund" seit Gründung angehörte und so auch bald NS-Regierungsrat wurde. In einer damaligen Beurteilung seiner Person heißt es dann auch treffend, man könne sich auf Pütz, insbesondere auch politisch "unbedingt und in allen Lagen verlassen". Mit diesen "Qualitäten" kann Pütz heute an einem obersten westdeutschen Gericht amtierend, von dessen 49 Richtern ohnedies 30 erwiesenermaßen aktive Nationalsozialisten waren.

Ähnlich und noch viel schlimmer ist es bei den anderen 33 in der Schrift Genannten. So z.B. bei dem heutigen Würzburger Landgerichtsdirektor Dr. Willy Friedrich, (von Würzburg aus geht das Kesseltreiben gegen den Arzt Dr. Herterich) der sich innerhalb der Nazi-Justiz als Spitzel des SS-Reichssicherheitshauptamtes betätigte und deshalb vom SD wegen "kriegswichtiger behördlicher Aufgaben" vom Wehrdienst freigestellt wurde. Friedrich war allerdings zunächst "nur" in der SA und bei der HJ für die "Rechtsschulung" eingesetzt, erst im Kriege wechselte er zur SS über; offiziell war er Landgerichtsdirektor in Coburg. Das ist er heute wieder in Würzburg; es hat sich also bei diesem Zuträger der SS nichts geändert und

deshalb ist es wohl auch kein Zufall, daß es in der Würzburger Justiz von anderen Nazi-Juristen heute nur so wimmelt.

Als Dritter im Bunde der 34 Genannten mag noch der heute in Mannheim amtierende Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Rudolf B i l f i n g e r genannt sein, ein Urnazi, seit 1923 Gefolgsmann des Führers und bereits im Mai 1933 bei der Gestapo in Stuttgart aktiv. Das war sozusagen sein Sprungbrett zum SS-Reichssicherheitshauptamt in Berlin, wo B i l f i n g e r von 1937 bis 1942 diente, gleich Eichmann an den Konferenzen zur "Endlösung der Judenfrage" beteiligt, um dann zum Gestapochof in Toulouse, später in Krakau, zu avancieren. Dieser in Frankreich wegen Kriegsverbrechen zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilte SS-Hauptling, zumindest an der Planung und Organisation des Massenmordens aktiv beteiligt, kann heute ein hohes Justizamt ausüben!

Was das Präsidium der VVN mit dieser Schrift beweiskräftig belegt, stellt, wie es in der Einleitung heißt, nur einen "ganz schmalen Ausschnitt" aus der westdeutschen Wirklichkeit dar. Ähnliche Zustände gibt es auch in allen anderen Bereichen.

Des weiteren heißt es in der Einleitung der Schrift: "Wenn man ein angemessenes Urteil erlangen will, so muß man sich beim Betrachten der Vergangenheit der in der vorliegenden Ausarbeitung benannten 34 Juristen stets vor Augen führen, welche Ungeheuerlichkeit der e i n z e l n e Fall bedeutet: Es soll ein Mensch das Recht wahren, der sich in der Vergangenheit zu einer Organisation bekannte, deren Wesen in der Vollbringung von Verbrechen bestand; ein Mensch soll im Namen des Staates anklagen oder im Namen des Volkes richten, der - selbst nach Absolvieren eines Universitätsstudiums - nicht begriffen hatte, daß die SS ein Instrument des Terrors und der Inhumanität war - oder der es doch begriff und sich trotzdem zu ihr bekannte!..."

# Schluß mit dem Massaker!

Unter diesem Titel veröffentlichte der englische Philosoph und Friedenskämpfer Bertrand Russell einen Aufruf, der in der italienischen Zeitschrift "Riniscita" erschien. Russell entlarvt hierin Wesen und Triebkräfte des schmutzigen Krieges, der bis heute von den USA in Vietnam geführt wird.

Jeder, dem der Frieden am Herzen liegt, steht heute vor einem Grundproblem: der Politik der USA. Jene, die in den USA an der Macht sind, haben dem Land ein systematisches Programm der internationalen Ausbeutung und Vorherrschaft aufgedrängt. Das Wesen des Problems kann folgendermaßen zusammengefaßt werden: Die USA unterhalten über 330 auf der ganzen Welt verstreute Militärstützpunkte. Dieses ungeheure internationale System militärischen Drucks ist möglich, weil der amerikanische Imperialismus 50 Prozent der Hilfsquellen der Welt beherrscht, obwohl die Bevölkerung der USA nur sechs Prozent der Weltbevölkerung ausmacht. Die Völker der Welt wehren sich gegen diesen Zustand, der ihnen Armut, tiefes Elend und Krankheit bringt.

Es ist klar, daß keine Nation instande ist, mit Waffengewalt die Kontrolle und Profite von mehr als der Hälfte der Hilfsquellen der Welt für sich zu sichern und zu bewahren, ohne auf den Widerstand jener zu stoßen, die die Folgen zu tragen haben. Deshalb muß der größte Teil der Völker der Welt entweder diese Bedingungen akzeptieren oder sich offen gegen die amerikanische Vorherrschaft und Ausbeutung auflehnen.

Das sind die wesentlichen Tatsachen, die dem gegenwärtig von den USA in Vietnam geführten brutalen Angriffskrieg zugrunde liegen. Niemand kann daran zweifeln: Die Bedingungen, die zum Konflikt in Vietnam führten, sind auch in Lateinamerika und im größeren Teil Asiens und Afrikas vorhanden.

Was soll man von einem Krieg denken, in dem die größte Industriemacht der Welt alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel und Hilfsquellen einsetzt, um das Volk eines Tausende Meilen entfernt liegenden Agrarlandes zu besiegen. Acht Millionen Vietnamesen wurden praktisch in Konzentrationslager

gesperrt. In einem einzigen Jahr haben die USA und das Marionettenregime von Saigon Zehntausende Luftangriffe, zum großen Teil mit Napalmbomben, unternommen. Überdies versuchen die USA den energischen Widerstand, auf den ihre Politik der Weltherrschaft stößt, zu brechen, indem sie einen Kurs verfolgen, der zum bewaffneten Konflikt mit China führen kann. Es ist ernstlich zu befürchten, daß die Männer, die die Macht im Pentagon, in den Zentren des westlichen Kapitalismus und in den Kreisen der CIA in Händen haben, in diesem Augenblick Vorbereitungen treffen, um die Industriestädte Chinas zu bombardieren und zu vernichten.

Dieser verbrecherische Akt, der die Welt der Gefahr eines totalen Atomkrieges aussetzen würde, muß mit aller Macht und Entschiedenheit entlarvt und bekämpft werden. In der Vergangenheit sagte man, daß alle, die am kalten Krieg teilnahmen, wegen des Wettrüstens und der Drohung mit dem Atomkrieg zu verurteilen seien. Das kann man heute nicht mehr mit Recht behaupten. Die Interventionen der letzten Jahre und die jetzige Politik der USA beweisen zweifellos, daß die Bedrohung des Weltfriedens vom amerikanischen Imperialismus kommt. Jeder ehrliche Beobachter, der sich an die Tatsachen hält, muß zu dieser Schlußfolgerung gelangen.

Es ist die unverantwortliche Haltung der amerikanischen Regierung, die die Welt an den Abgrund eines Atomkrieges führt. Die möglichen Folgen sind so furchtbar, daß man sie sich nicht einmal vorzustellen wagt. Auch wenn im Augenblick ein allgemeiner Krieg vermieden werden kann, wird die amerikanische Politik sehr bald eine neue Krise auslösen. Die Macht der Amerikaner ist eine Herausforderung

der Bestrebungen der Menschheit. Solange die amerikanische Regierung - ihre Militärs und der CIA - nicht auf die Doktrin der Konterrevolution verzichten und nicht aufhören, sich den Bewegungen für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit entgegenzustellen, wird die Welt von einer Krise in die andere geraten. Solange es nicht gelingt, die Regierungen zu stürzen, die den chemischen und Napalmkrieg gutheißen und unterstützen, werden die USA ihre Politik des "Massakers zu Versuchszwecken" fortführen. Mögen alle Völker der Welt handeln, um dem Aggressionskrieg der USA in Vietnam ein Ende zu setzen!

## *Gegen Sicherheits-Illusionen*

Wie zu Jahresbeginn gemeldet wurde, sollen bereits in diesem Jahre im Rahmen der Notstandsgesetzgebung zivile "Sicherheitsvorkehrungen" zwingend durchgeführt werden, für die eine vierköpfige Familie etwa 500.-DM aufbringen müßte. Insgesamt müßte die westdeutsche Bevölkerung dafür eine zusätzliche Belastung in Höhe von über 7 Milliarden DM aufbringen. Was von allen diesen Maßnahmen heute zu halten ist, brachte der Physiker Prof. von Weizsäcker treffend vor dem Innenausschuß des Bundestages zum Ausdruck; er erklärte dort:

"Das so einleuchtend klingende Argument "Ein Bunker ist auf jeden Fall besser als keiner" ist leider falsch. Es gilt nämlich nur dann, wenn die Bomben nicht so stark sind oder so dicht gesetzt werden, daß sie auch die vorhandenen Druckbunker zerstören.

Die zuverlässigste Maßnahme aber, um die Wahrscheinlichkeit des Todes unserer Mitbürger im Kriege herabzudrücken, ist die Politik, die den Krieg selbst unwahrscheinlich macht. Sicher aber ist eine Erhöhung der Kriegsgefahr, wenn man über die eigene Sicherheit Illusionen nährt. Illusionen führen zur Leichtfertigkeit, und Leichtfertigkeit führt zu vermeidbaren internationalen Spannungen.

Das unausrottbare Mißtrauen in unserem Volk gegen Bevölkerungsschutzmaßnahmen ist ein Mißtrauen gegen die Erzeugung solcher Illusionen; es kann nur durch strengste Selbstkritik und völlige Wahrhaftigkeit aller abgegebenen Erklärungen langsam überwunden werden."

## *Wohlstand?*

Die von bestimmten Kreisen nur allzu gern ausgesprochene Behauptung vom angeblichen Wohlstand der Westberliner Bevölkerung wird durch nackte Ziffern aus dem Jahresbericht der Landesversicherungsanstalt Berlin (LVA) für das Jahr 1964 eindeutig widerlegt. Danach hat die Hälfte aller weiblichen Rentenempfänger eine Monatsrente bezogen, die unter 110.-DM beträgt. Dieser Betrag reicht heute für einen 'Normalverbraucher' noch nicht einmal aus, um die laufenden monatlichen Kosten für Miete, Strom, Gas und Heizung zu bestreiten. Erschreckend in dem Bericht der LVA ist auch die hohe Zahl von 361 273 Rentenempfängern bei einer Einwohnerzahl von jetzt unter 2,2 Millionen. In dieser Zahl sind die Rentenempfänger der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und anderer Rententräger noch nicht enthalten, so daß anzunehmen ist, daß heute beinahe jeder vierte Einwohner Westberlins Rentner ist.

## *Berechtigte Mahnung*

Kirchenpräsident Martin Niemöller, ehemaliger Sachsenhausen-Häftling und Mitglied der VVN, übte in der "Stimme der Gemeinde" Kritik an der Haltung der evangelischen Kirche, u. a., daß sie seit 1950 zum "stummen Diener" der Bonner Politik geworden sei. Besonders kritisierte er das Schweigen führender kirchlicher Stellen zur Remilitarisierung, zur Wehrpflicht und zur Notstandsgesetzgebung. - In diesem Zusammenhang soll aber nicht unerwähnt bleiben, daß es in der evangelischen Kirche auch zahlreiche, vor allem jüngere Kräfte gibt, die sich dagegen wenden.

## Zur Verjährung der Verbrechen gegen den Frieden, gegen die Menschlichkeit und der Kriegsverbrechen

Der Kongreß der FIR bringt seine Befriedigung über die von den Widerstandskämpfern errungenen Erfolge zum Ausdruck, die, dank ihrer einigen Aktionen, das Inkrafttreten der Verjährung der Kriegsverbrechen in diesem Jahre der 20. Wiederkehr des Sieges, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, verhindert haben.

Indessen genügt aber die Erstreckung der Verjährungsfrist bis 1969 den Forderungen der Gerechtigkeit in keiner Weise.

Die FIR ruft in Erinnerung, daß die Kriegsverbrechen, die Verbrechen gegen den Frieden und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit angesichts des in der Geschichte ohne Beispiel dastehenden Charakters der nazistischen Barbarei seitens eines Staates und seiner Komplizen, Sache des Völkerrechtes sind. Das auf die Ausschaltung dieser Verbrechen zielende Völkerrecht basiert auf den Abkommen von London (1945), die das Statut des internationalen Militärgerichtshofes von Nürnberg geschaffen haben.

Eine der Hauptaufgaben der Widerstandsbewegung ist es, darüber zu wachen, daß die Verfolgung der Verantwortlichen für die grauenhaften Verbrechen endgültig und dauernd gewährleistet werde. Eine solche Aufgabe entspricht unserem Willen, dem Andenken der Millionen Opfer des Faschismus für immer Achtung zu verschaffen und ist gleichzeitig eine feierliche Warnung gegen die Drohung einer Rückkehr zur Barbarei.

Der Kongreß der FIR erinnert daran, daß das internationale Strafrecht vor dem innerstaatlichen Recht Priorität genießt, und daß dies auch für die Bundesrepublik Deutschland gilt; er ist der Auffassung, daß die vom Bundestag am 5. Dezember 1952 ratifizierte Menschenrechtskonvention durch die Einfügung einer ihre Rückwirkung ausschließenden Klausel den Naziverbrechen gegenüber praktisch aufgehoben wurde.

Er stellt fest, daß die Mehrheit der dem Europarat angehörenden Vertreter der Bundesrepublik Deutschland dessen Erklärung über die Unverjährbarkeit der Naziverbrechen zugestimmt haben, daß aber die Regierung der Bundesrepublik Deutschland daraus keine Konsequenzen gezogen hat.

Er stellt ferner fest, daß die von alliierten Gerichten gegen Kriegsverbrecher verhängten Strafen von den Behörden der Bundesrepublik strafregistermäßig nicht verwertet wurden und sich diese Kriegsverbrecher somit in vollem Genuß der bürgerlichen Rechte befinden.

Der Kongreß der FIR wendet sich an die Widerstandskämpfer und Opfer des Nazismus mit dem Appell, ihre Bemühungen zu verstärken, um die Bestrafung aller Naziverbrecher zu erreichen und die Verjährung dieser Verbrechen zu verhindern.

Er fordert die Ausarbeitung einer Konvention durch die UNO, welche die Verbrechen gegen den Frieden, gegen die Menschlichkeit und die Kriegsverbrechen, wie sie in Nürnberg definiert worden sind, für unverjährbar erklärt.

## Was es mit den „Wunderwaffen“ auf sich hatte

Die letzte Seite unseres Blattes ist dem Widerstandskämpfer Albert Kuntz gewidmet, der von der SS in dem unterirdischen Rüstungswerk "Dora" bei Nordhausen ermordet wurde. In eben diesem Werk wurden die angeblichen Wunderwaffen Hitlers produziert, die den "Endsieg" seines Verbrecherregimes herbeiführen sollten. Für dieses Ziel mußten auch zahlreiche in- und ausländische Häftlinge, aus dem KZ Buchenwald abkommandiert, hier im Höhlenwerk unter menschenunwürdigen Bedingungen Fronarbeit leisten und ihr Leben hingeben.

20 Jahre nach der Sprengung des Höhlenwerkes "Dora" erschien ein Buch des Engländers David Irwing, in dem er, englische und deutsche Dokumente auswertend, zu bemerkenswerten Feststellungen in Bezug auf die "Wunderwaffen" kommt:

Irwing bestätigt u.a., daß sich die bereits schwer angeschlagene Kriegswirtschaft des "Dritten Reiches" den enormen Aufwand der Raketenproduktion kaum leisten konnte und daß die Entwicklung dieser Waffen immer wieder durch das Machtstreben der einzelnen Führungscliquen beeinträchtigt wurde. Ähnliche Erscheinungen gab es aber auch auf englischer Seite, wodurch ein rechtzeitiger und wirksamer Gegenschlag verhindert wurde.

Irwing räumt auch mit einem noch heute weitverbreiteten Vorurteil auf, nämlich mit der Vorstellung, daß die produzierte Rakete ("V 2") erheblich wirkungsvoller gewesen sei als die zuerst in Einsatz gebrachte Flugbombe ("V 1"). Heute wissen die Rüstungsexperten, daß die Wirkung einer Tonne herkömmlichen Sprengstoffs (soviel konnte die "V 2" tragen) keineswegs dem Aufwand entspricht, der mit dem Transport durch eine komplizierte und sehr teure Rakete verbunden ist. (Deshalb sind auch, und darin liegt eine riesige Gefahr, fast alle heute auf westdeutschem und westeuropäischem Boden stationierten Raketen für die Beförderung von atomaren Sprengköpfen mit einer vielfach größeren Vernichtungskraft vorgesehen. Deshalb schreibt auch der Rezensent

des Irwing-Buches etwas verschämt: "Niemand kommt heute auf die Idee, eine Rakete mit konventionellen Sprengstoffen zu bestücken"!)

Irwing kommt auch zu folgender Schlußfolgerung: Die wesentlich billigere Flugbombe dagegen, also die "V 1", konnte schneller produziert und in viel größerer Zahl eingesetzt werden. Wäre es dem Hitler-Staat gelungen, die "V 1" in Massen zu starten, wäre die Wirkung verheerend gewesen, unabhängig davon, daß die langsame Flugbombe "V 1" durch die Abwehr verwundbar war. (Dem Autor ist es anscheinend entgangen, daß die "V 1" technisch noch sehr anfällig war. Der Schreiber dieser Zeilen konnte das selbst im Winter 1944/45 in Holland beobachten, wo sich mehrere Startplätze der "V 1" (und auch der "V 2") befanden. Kaum eine Nacht verging, in der nicht die wie alte Flugzeuge brubbelnden "V 1" herunterpurzelten, nicht selten Brände auslösend, wie z.B. in der geräumten Stadt Arnheim.)

Irwing stellt weiter fest: Zwar wäre die Konstruktion der Rakete "V 2" ein technisches Meisterstück gewesen, die Hoffnungen aber, die Hitler und seine Paladine in sie setzten, konnte sie niemals erfüllen. Wenn der englische Historiker auch die Frage offen läßt, was geschehen wäre, wenn die "V 1" und "V 2" früher hätten eingesetzt werden können, so besteht kein Zweifel daran, daß sie niemals hätten kriegsentscheidend sein können. Vielleicht hätte dadurch die Invasion gestört oder sogar aufgehalten werden können - und hätte dadurch Millionen mehr von Opfern gekostet - am Ende aber hätte ganz sicher der Untergang Deutschlands gestanden. Der Krieg wäre dadurch verlängert worden und heute weiß man, daß die Alliierten nicht gezögert hätten, die inzwischen in den USA einsatzfähig gemachte Atombombe in Europa einzusetzen, auf deutsches Gebiet abzuwerfen. Nein, das "Wunder" wäre in jedem Falle ausgeblieben, obwohl es garnicht wenige Deutsche gab, die dieser Nazi-Propaganda auch noch im April 1945 Glauben schenkten! Tkh.

# Der Justizskandal von München

Kaum bemerkt von der Öffentlichkeit hat vor wenigen Wochen das Oberlandesgericht in München ein Verfahren gegen einige ehemalige SS-Angehörige eingestellt. Diese sind beschuldigt, an der Ermordung von mindestens 300 000 Menschen in dem Vernichtungslager Belzec in Polen beteiligt gewesen zu sein. Das unter besonders grauenvollen Umständen vollzogene Massensterben in dieser als "Sanatorium" getarnten, einsam gelegenen Vernichtungsstätte ist bekannt geworden durch den Bericht des Ingenieurs Kurt Gerstein. Den an diesen Verbrechen beteiligten sieben SS-Banditen, die offen zugaben, an den dortigen Vergasungen maßgeblich beteiligt gewesen zu sein, ist von diesem Gericht der sogenannte "Befehlsnotstand" zuerkannt worden. Die Mörder befinden sich auf freiem Fuß und können sich ungestört ihrer Freiheit erfreuen. Denn Einsprüche von Seiten überlebender Opfer hat das bayrische Justizministerium mit der Begründung abgelehnt, daß der Instanzenweg erschöpft sei.

Wenn dieser Entscheid des Oberlandesgerichtes München ein Ausdruck bundesrepublikanischer Rechtsstaatlichkeit sein soll, dann ist die Frage berechtigt, wie die Urteile in noch anhängigen anderen Verfahren dieser Art ausfallen werden. In Stuttgart wird gegen einige SS-Führer und -Unterführer wegen Massenerschießungen verhandelt. In Bochum ist ein Schwurgerichtsprozeß gegen einige SS-Banditen wegen ihrer Beteiligung an den Massensterben in Neu-Sandez angelaufen. Vor dem Gericht in Wuppertal stehen Angehörige des Einsatzkommandos 6 der Gruppe C wegen ihrer in Süd-Rußland begangenen Untaten unter Anklage. In Frankfurt am Main wird zur Zeit der zweite Auschwitz-Prozeß verhandelt und ein dritter Auschwitz-Prozeß mit 18 angeklagten SS-Leuten soll in Kürze eröffnet werden. In Frankfurt, in Hamburg und an mehreren anderen Orten der Bundesrepublik sind weitere Verfahren dieser Art in Vorbereitung.

Ohne Zweifel wird die Entscheidung des Oberlandesgerichtes München mit großer Aufmerksamkeit in der gesamten

Welt zur Kenntnis genommen und als Zeichen dafür gewertet, in welcher Weise die Justiz der Bundesrepublik bemüht ist, die Vergangenheit zu bewältigen. Eine Justiz, die bislang noch nicht daran gedacht hat, vor der eigenen Tür zu kehren, wie erneut die Dokumentation des Präsidiums der VVN über heute noch in der westdeutschen Justiz amtierende ehemalige SS-Angehörige erweist.

Sicherlich werden die Rückschlüsse, die man aus der Handlungsweise der Münchener Richter und aus den anderen so milden Urteilen, die da und dort über Kriegsverbrecher und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gefällt werden, nicht zu Gunsten der bundesdeutschen Justiz ausfallen und als weitere Beweise dafür gewertet werden, daß die nazistischen Verbrechen in der Bundesrepublik nach wie vor verharmlost und die Mörder begünstigt werden. Das durch das Verhalten der Bundesregierung in der Verjährungsfrage bereits stark angeschlagene Ansehen wird durch das empörende Münchener Urteil nur noch mehr in Mitleidenschaft gezogen. Wie bitter wahr ist doch die Feststellung, daß Westdeutschland ein Hort der Nazi- und Kriegsverbrecher ist.

## Westberliner Falken besuchten erneut die CSSR

Abermals reiste im November v.J. eine größere Gruppe der Westberliner Falken in die Tschechoslowakei und suchte die dortigen Märtyrerstätten Lidice und Theresienstadt auf. Die Gruppe stattete auch dem Sekretariat des Verbandes Antifaschistischer Kämpfer in Prag einen Besuch ab. Dabei entwickelte sich eine rege Diskussion. Die Westberliner Jungen und Mädchen interessierten sich nicht nur für Fragen des Lebens der Jugend in der CSSR, sondern auch für die Maßnahmen, die dort getroffen wurden, um bisher unbestrafte Kriegsverbrecher ihrer Strafe zuführen zu können. Mitglieder des Verbandes gaben ihnen darüber eine eingehende Information.

# GRUNDLAGEN EINER DEUTSCHEN FRIEDENSPOLITIK

- Aus einem Aufsatz von Prof. Dr. Franz Paul Schneider, Würzburg -

Die westdeutsche Außenpolitik ist keine Friedenspolitik, sondern eine solche, die das Risiko des Krieges einschließt. Diese Politik führt weder zur Wiedervereinigung noch zu einer Revision der deutschen Ostgrenzen, sondern höchstens zum Untergang unseres Volkes. Es ist denkbar, daß der Status quo noch Jahrzehnte ohne Krieg weiterbesteht. Sicher ist das nicht, nicht einmal wahrscheinlich. Denn die steigenden Rüstungslasten und die Durchführung bestimmter Notstandsgesetze können der Bevölkerung nur zugemutet werden, wenn man sie in einer Bedrohungspsychose hält.

Drei Männer, grundverschieden nach Herkunft und Anschauung, haben klar erkannt, daß die endgültige Überwindung des Krieges ein verändertes menschliches Bewußtsein, ein neues Verhältnis zur Geschichte, voraussetzt: J. F. Kennedy, Nikita Chruschtschow und der verehrungswürdige Papst Johannes XXIII. Sie wußten, daß Haß Haß, Rüstung Gegenrüstung erzeugt und daß mit der gesteigerten Abschreckung die Unsicherheit in geometrischer Progression steigt.

Grundvoraussetzung einer Friedenspolitik ist die Bereitschaft zu einer aktiven Koexistenz. Aktive Koexistenz bedeutet keineswegs das Ende der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Kommunismus, diese würde aber die Form eines Konkurrenzkampfes in der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Technik und der Kultur annehmen. Die ideologische Auseinandersetzung würde auf einer adäquaten, d.h. auf der geistigen Ebene ausgehen.

Für Deutschland bedingt eine Politik der aktiven Koexistenz fürs erste den Verzicht auf den kalten Krieg. Der kalte Krieg ist, wie Frau Riemack sagt, "ungerecht in seinen Grundsätzen, verlogen in seinen Methoden, vernichtend in seinen Folgen". Die gefährlichste Komponente des kalten Krieges ist die Zwecklüge, daß die Bundesrepublik vom Kommunismus militärisch bedroht ist. Abgesehen davon,

daß die marxistische Lehre den Angriffskrieg ablehnt, was könnte die Sowjetunion durch einen Angriff auf Mittel- und Westeuropa gewinnen? Der Würzburger Historiker, Prof. Dr. Ulsich Noack, sagt mit Recht, "daß die Außenpolitik des provisorischen westdeutschen Teilstaates auf Irrtümern und Wahrheitsverdrehungen aufgebaut wird". "denn es ist nicht wahr", schreibt er, "daß die Sowjetunion jemals einen Angriffskrieg gegen die westdeutschen Besatzungsmächte geplant hat. Nie hat diese Gefahr bestanden. Wahr ist vielmehr, daß die Sowjetunion eine westdeutsche Aufrüstung und ein remilitarisiertes Deutschland gefürchtet hat - und noch heute fürchtet".

Eine deutsche Friedenspolitik verlangt weiter die Anwendung des Prinzips der Koexistenz auf das Verhältnis zum anderen deutschen Staat. Es würde sich dabei darum handeln, die gemeinsamen Interessen beider Staaten festzustellen und darüber zu verhandeln. Schließlich müßte die Bundesrepublik zu ihrem Teil dazu beitragen, daß alle europäischen Staaten in koexistenzieller Weise zusammenarbeiten. Die europäische Koexistenz müßte durch die Bildung einer Zone beschränkter Rüstung in Mitteleuropa und einen europäischen Garantie- und Sicherheitspakt institutionell unterbaut werden.

Diese dreifache Koexistenz: das koexistenzielle Verhältnis der beiden deutschen Staaten, das in einem Staatenbunde nicht nur eine politisch-juristische, sondern vor allem eine geistig-nationale Synthese finden könnte - das koexistenziell geordnete Nebeneinander der europäischen Staaten und die universale Koexistenz zwischen den Staaten der Welt mit unterschiedlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsform, einer Bevölkerung unterschiedlicher Rasse und Tradition und gegensätzlichen Interessen - würden der Welt die Einheit in der Mannigfaltigkeit, Europa die spezifische, aus Spannungen, Krisen und Kriegen erwachsene Gemeinsamkeit und den

# Was hinter James Bond steckt

Wer nicht einen dieser mit allen Feinessen der Technik hergestellten Filme selbst gesehen hat, der kennt zumindest von der aufdringlichen Werbung her deren Helden James Bond, dargestellt von dem englischen Schauspieler Sean Conery. Dieser Geheimagent ihrer britischen Majestät, (im Film) mit der Geheimnummer 007 - die beiden Nullen bedeuten, daß er jederzeit das Recht hat, einen Gegner zu töten, ohne sich vor einem Gericht verantworten zu müssen -, ist mit nur drei Filmen zum westlichen Kinoidol aufgebaut worden: "James Bond jagt Dr. No", "Liebesgrüße aus Moskau" und "Goldfinger". Ein vierter Film, "Feuerball", wird jetzt dem "anspruchsvollen" Publikum präsentiert. Hauptinhalt dieser Filme ist eine kaum abreißende Kette verschiedenartigster Verbrechen - Verbrechen, wie sie in der Wirklichkeit bisher nur eine Denkmalsart hervorgebracht hat: die faschistische.

Der Publizist André Müller hat nun diese Filme in einem längeren Artikel kritisch durchleuchtet und kommt dabei abschließend zu folgenden Feststellungen:

...Vom Zuschauer wird nicht verlangt, daß er alles glaubt. Man sucht eher eine spöttische Distanz, er soll sich überlegen fühlen können. Auch die Fabeln der Filme sind billig und primitiv. Jeder logische Aufbau wird vermieden. Nichts stimmt vorne und hinten. Alles ist absolut ungläubhaft.

Der Zweck von allem ist: der Zuschauer soll von vornherein nicht in die Versuchung gebracht werden, das Geschehen kritisch zu betrachten. Er soll unkritisch sein. Deshalb werden ihm die Ungereimtheiten und Idiotien bewußt als solche angeboten. Das kann er nicht ernst nehmen. Das nimmt er auch nicht ernst. Er amüsiert sich. Aber einmal in diesen unkritischen Zustand gebracht, urteilt er eben auch nicht mehr kritisch über die faschistischen Praktiken, die ihm da geboten werden. Sie scheinen ja auch nur ein Spaß zu sein. So nimmt er das Gift, gegen das er sich sonst wehren würde,

---

Deutschen ein bestimmtes Maß nationaler Unabhängigkeit sichern. Durch den heutigen Weltzustand aber werden die gewachsenen Beziehungen zerstört, und es wird verhindert, daß der Gütertausch seinen maximalen Nutzeffekt erreicht. Eine konstruktive Friedenspolitik ist also zugleich Voraussetzung einer organischen Entwicklung der auf viele Rassen, Kulturen, Nationen und Ordnungssysteme verteilten Menschheit.

bereitwillig in sich auf. Nebenbei werden noch seine Destruktionsgelüste angesprochen und befriedigt. Dem Publikum gefällt es, wenn ein neues Luxusauto, dessen Insasse gerade getötet worden ist, von einer Verschrottmaschine zu einem kleinen Eisenpaket zerquetscht wird, der getöte Insasse gleich mit. ("Goldfinger") Überhaupt wird großer Wert darauf gelegt, daß immer wieder Häuser in die Luft fliegen, Wagen sich überschlagen oder irgend etwas zerstört wird. Als Höhepunkt dann sogar eine Atomexplosion, die den verbrecherischen Forscher vernichtet. Das Spiel mit dem Grauen manipuliert alle Lüste und unbewußten Reaktionen des Publikums geschickt. Wenn zwei Zigeunerinnen miteinander kämpfen, greift James Bond nicht etwa ein, sondern schaut genußvoll zu. Er präsentiert die Haltung, die eingenommen werden soll.

James Bond ist Edelfaschismus, Propaganda für Auschwitz - nichts weniger. Es stimmt schon, wenn die Züricher "Tat" schreibt: "Eine Gesellschaft, die sich solchermaßen an den schnittigen Wagen, an den flüchtigen sexuellen Erlebnissen Bonds, an den sybaritischen Schlemmereien, am frivolen Spiel um Geld oder Tod delectiert, kann keinen Anspruch darauf erheben, als moralisch intakt bezeichnet zu werden." Nur ist zu konkretisieren, daß die verführten Zuschauer nicht eigentlich die Schuldigen sind. Verantwortlich sind nicht die Besucher,

die sich um die Karten schlagen, wenn das auch dokumentiert, in welche moralische Verfassung man sie bereits gebracht hat. Verantwortlich sind die Urheber, die Filmindustrie, die mit dieser Verführung zu Brutalität und Faschismus Millionengewinne erzielt. Reaktionäre Ideologie setzt sich in Profit um. Und den Zuschauern hat man nicht nur ihr Geld, sondern auch noch ihren Verstand genommen. Die James-Bond-Fans werden die barbarischen Bombardements in Vietnam mit einem leichten Achselzucken hinnehmen. Die 007-Filme haben sie auch dafür vorbereitet.

In akademischen Podiumsdiskussionen wird heute oft die Frage erörtert, wie man eigentlich die faschistische

Propaganda Hitlers habe hinnehmen können. Das läßt sich gut und ernsthaft erläutern. Das liegt schon dreißig Jahre zurück. In den Kinos läuft unterdessen diese barbarische Auschwitz-Propaganda, ohne daß auch nur etwas dagegen getan wird. Diese Filme in der Bundesrepublik (und auch in Westberlin) verbieten, weil sie faschistische Verhaltensweisen propagieren? Man denkt nicht daran. James Bond mordet weiter, lächelnd, glänzend aussehend, mit Geschmack. Der Playboy-Killer als Held der westlichen Welt. Der Jubel, der ihn umbrandet, signalisiert, in welchem Ausmaß faschistisches Gift die Köpfe der Menschen bereits wieder verseucht hat.

## *Widerlegung einer großen Lüge*

Bisher war es der nazistischen Propaganda vorbehalten, Berechnungen darüber anzustellen, welchen Anteil an prominenten Stellen in einem Gemeinwesen Juden einnehmen. Der humanistisch erzogene Mensch erachtet derartige Berechnungen als den ersten Ansatz zur Rassenhetze. Er nimmt zur Kenntnis, daß Mitbürger jüdischer Herkunft besondere Begabungen für bestimmte Berufe und Gewerbe mitbringen, vor allem deshalb weil sie jahrhundertlang von den meisten Sphären des öffentlichen Lebens ausgeschlossen und auf diese wenigen Erwerbsmöglichkeiten angewiesen waren, vornehmlich die kaufmännischen und die freien Berufe, die Wissenschaften und die Künste. Angesichts des latenten oder offenen Antisemitismus in allen modernen Staaten konnten sie sich dort nur aufgrund ihrer Leistung und nicht aufgrund ihrer Herkunft durchsetzen.

Die Rechnung mit den Prozenten, diesmal mit umgekehrten Vorzeichen, betreiben seit mehreren Jahren eine Anzahl jüdischer Organisationen in den USA als Teil einer antisowjetischen Kampagne. Dieser publizistische Feldzug steigerte sich bis zu der Behauptung, es gäbe einen vom Staat getragenen "sowjetischen Antisemitismus".

(Übrigens haben sich "seriöse" westdeutsche Organe daran nur allzubeitwillig beteiligt; d.R.)

Paul Novick, Chefredakteur der in jiddischer Sprache erscheinenden New Yorker Tageszeitung "Morning Freiheit", präsentierte jetzt ein anderes Bild mit Angaben über den unverhältnismäßig hohen Anteil sowjetischer Bürger jüdischer Herkunft in den akademischen Berufen. Wir wünschen, diese Diskussion könnte ohne eine derartige Aufrechnung geführt werden, schließen uns aber Novick an, wenn er schreibt: "Wie kann man eine Anschuldigung dieser Art (des staatlich geförderten Antisemitismus) gegen die sowjetische Regierung widerlegen, wenn nicht durch eine Aufzählung von Juden in führenden Stellen der regierenden Gremien, der Armee dem Management der Industrie?"

Der New Yorker Publizist, aus Brest-Litowsk stammend, hat die Sowjetunion sowohl vor wie nach dem zweiten Weltkrieg mehrmals bereist. Jetzt liegt in englischer Übersetzung eine Broschüre vor, in der er über seinen letzten Besuch (November/Dezember 1964) berichtet. Bei dieser Gelegenheit bereiste er auch die Bundesre-

publik, die DDR, die CSSR und Polen. In der Sowjetunion war er Gast der "Literaturnaya Gazeta", des Organs des Verbandes Sowjetischer Schriftsteller.

Von den vielen Persönlichkeiten, mit denen Novick Gespräche führte, nennt er unter anderen sowjetische Bürger jüdischer Herkunft: Benjamin Dym-schitz, einen der stellvertretenden Ministerpräsidenten der Unionsregierung, Generaloberst Alexander Zirlin, den Kommandeur der Militäarakademie für Ingenieure, Ilja Ehrenburg, den bekannten Schriftsteller, Joseph Litvak, den Direktor des Moskauer Dynamo-Werkes, und viele andere mehr. Er verweist auf eine Zahl weiterer Armeeangehöriger jüdischer Herkunft im Generalsrang, auf führende jüdische Ingenieure und Wissenschaftler.

Die Zahl der sowjetischen Bürger, die sich bei der statistischen Erhebung von 1959 als Juden bezeichneten, betrug 2 326 000, also etwas mehr als ein Prozent der Gesamtbevölkerung. Die absolute Gleichheit aller Völker in der Sowjetunion, verbunden mit der eingangs geschilderten Befähigung jüdischer Menschen für bestimmte Berufe hat aber dazu geführt, daß heute 14,7 Prozent aller sowjetischen Ärzte und 10,4 Prozent der Rechtsanwälte und Richter Juden sind.

Aber gerade diese Tatsachen sollten durch einen amerikanischen Propagandafilm mit dem Titel "Der Preis des Schweigens" bestritten werden, in dem u.a. auch der einst bekannte Schauspieler Edward G. Robinson mitwirkte. Scharf wendet sich Novack gegen die Worte, die man Robinson in diesem Film in den Mund legte (sie kursieren auch in der westdeutschen Presse), die Märtyrerstätte der Kiewer Juden, Babi Yar, sei heute eine Müllkippe. Der New Yorker Publizist, der die Schlucht besuchte, in der die Nazis ihre Massenmorde an der jüdischen Bevölkerung Kiews verübten, nennt die Behauptung des Propagandafilms eine schändliche Lüge. Allerdings vermerkte er schmerzlich das Fehlen einer Gedenkstätte. Wie jedoch die "Morning Freiheit" inzwischen berichtete, wird jetzt ein Denkmal in der Schlucht Babi Yar errichtet.

Als negative Aspekte des Lebens der jüdischen Bevölkerung in der Sowjetunion bezeichnet Novick die Einschränkungen, denen ihr religiöses Leben unterworfen sei, und die Frage "einer Rehabilitierung der jüdischen Kultur". Ausgehend von der Auffassung, daß die jüdische Bevölkerung als Nation Bestand habe und sich nicht im Prozeß der Assimilierung befinde, (eine Auffassung, die nicht nur in der Sowjetunion, sondern in jüdischen Kreisen überhaupt sehr umstritten ist) forderte Novick eine zielstrebige Förderung des kulturellen jüdischen Lebens. Er kritisiert, daß es nur eine jiddische Zeitschrift, die Monatschrift "Sovietisch Heimatland", und nur wenige Bücher in jiddischer Sprache erscheinen und daß nur wenige jiddische Theaterensembles bestehen.

Novick erkennt die Gleichberechtigung an, die jedem Bürger des Landes durch die sowjetischen Gesetze und dank der Erziehung zur Toleranz seit 1917 gewährt wird. Er betont jedoch, daß es ihm nicht in erster Linie darum gehe, den guten Namen der Sowjetunion zu verteidigen. Wenn er den Vorwurf eines "sowjetischen Antisemitismus" zurückweist, so vor allem deshalb, weil der speziell auf die jüdische Bevölkerung der USA zugeschnittene Propagandafeldzug Menschen davon abhält, getreu ihren antifaschistischen Idealen der Kriegsjahre für die Verständigung und die Koexistenz zu wirken. "Wir verteidigen hier", so schreibt Novick, "in großem Maße die Interessen Amerikas und des jüdischen Volkes".

### *Ungesetzliche Maßnahme*

Das Berliner Entschädigungsamt ist jetzt dazu übergegangen, erst im September 1965 zugesicherte Entschädigungsleistungen in Raten auszuzahlen. Das ist eine ungesetzliche Maßnahme im Rahmen des Bonner Sparprogramms, die ohne Frage dazu führt, daß betagte Verfolgte die Wiedergutmachung nicht mehr erleben, auf die sie 20 Jahre vergeblich gewartet haben.

# Entschliebung über Vietnam

- Verabschiedet auf dem V. Kongreß der FIR in Budapest, Dez. 1965 -

Im Namen hunderttausender Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus, die über die Entwicklung des Krieges in Vietnam und den sich daraus ergebenden Gefahren für den Weltfrieden beunruhigt sind, gibt der V. Kongreß der FIR

- seiner Erschütterung darüber Ausdruck, daß sowohl die Bevölkerung von Südvietnam als auch die Nordvietnams, die keinerlei feindselige Akte gegen die USA gesetzt haben, starken Bombardierungen durch die amerikanische Luftwaffe ausgesetzt sind und in einem immer grausamer und mörderischer werdenden Krieg hingeopfert werden, und bekundet ihnen seine Solidarität;

- er stellt die Intensivierung der amerikanischen Intervention fest und bedauert die Hilfe und Unterstützung, die einer Regierung gewährt werden, die jeglicher demokratischen Legitimität entbehrt und deren Chef sich öffentlich als Bewunderer Hitlers deklariert hat.

Der Kongreß erachtet es als dringend, einer solchen Situation ein Ende zu bereiten, da sie das Risiko in sich trägt, in einen allgemeinen Konflikt auszuarten, der unsere Heimatländer in Atomwüsten verwandeln würde.

Mit dem ganzen Ernst und all dem Nachdruck, den die Schwere der Lage erfordert, wendet sich der Kongreß an die Regierung der USA - und fordert auch die Widerstandskämpfer und Opfer des Nazismus auf, sich an sie zu wenden -, damit diese die Bombardierungen und jedwede Intervention in Vietnam beende und den Weg der Verhandlungen für eine friedliche Lösung des Konfliktes, gemäß den Genfer Übereinkommen vom Jahre 1954, beschreite.

Der Kongreß ist glücklich, sein Ideal der Freiheit und des Friedens bei den Frauen und Männern in den Vereinigten Staaten wiederzufinden, die Stellung beziehen und für die Beendigung des Krieges in Vietnam eintreten.

Der Kongreß beschwört die ehemaligen amerikanischen Kämpfer, die vor zwanzig Jahren gemeinsam mit ihren Alliierten und der Widerstandsbewegung den hitlerischen Barbarismus besiegt haben, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um den Frieden in Vietnam wiederherzustellen.

Neben den 3 in diesem Heft veröffentlichten Entschliebungen hat der V. Kongreß der FIR weiteren Erklärungen und Empfehlungen seine Zustimmung gegeben. So einer Erklärung über "DIE SICHERUNG DER FREIHEIT" sowie einer Stellungnahme über die "ENTSCHÄDIGUNG FÜR DIE OPFER DES NAZISMUS" und einer weiteren zum "BUNDESRÜCKERSTATTUNGSGESETZ FÜR GERAUBTES EIGENTUM". Ferner wurden verabschiedet: der Beschluß "FÜR EIN INTERNATIONALES STATUT DER WIDERSTANDSKÄMPFER", eine Erklärung über "DIE VERTEIDIGUNG DER RECHTE DER WIDERSTANDSKÄMPFER UND OPFER DES NAZISMUS UND FASCHISMUS", ein Programm der SOZIALMEDIZINISCHEN KOMMISSION, eine Empfehlung der KOMMISSION FÜR SOZIALE TÄTIGKEIT, eine weitere der KULTURKOMMISSION sowie einen Aufruf, in dem die menschenwürdige Behandlung der Spanier Justo Lopez und Narciso Julian gefordert wird.

# UNVERGESSEN: ALBERT KUNTZ

Ende Januar 1945 wurden im KZ "Dora" bei Nordhausen der Widerstandskämpfer Albert Kuntz und sechs seiner Kameraden von der SS ermordet. Albert Kuntz leitete in dem unterirdischen Werk, in dem Hitlers "Wunderwaffen", die "V 1" und "V 2" montiert wurden, die illegale Organisation der hier fronenden Häftlinge aus dem KZ Buchenwald. Vergeblich hatte die SS versucht, Albert Kuntz durch wochenlange Folterungen zu Aussagen über seine Mithäftlinge zu bewegen. Die Mörder dieser Antifaschisten sind bis heute vor einer gerechten Strafe bewahrt worden.

Mit Albert Kuntz verlor die deutsche Arbeiterklasse einen ihrer Besten. Schon 1912, als Kupferschmied-Lehrling, leitete der 1896 Geborene in seiner Heimatstadt Wurzen die sozialistische Jugendbewegung. 1918, nach seinem Kriegsdienst, wurde er in den Soldatenrat gewählt, und wenig später mit den Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten zum Stadtrat. 1923 und 1924 stand er an der Seite Ernst Thälmanns im Hamburger Aufstand und wurde erstmals eingekerkert. Nach seiner Freilassung kämpfte er mit noch größerer Energie für den Zusammenschluß der Arbeiterklasse. Albert Kuntz übernahm in Sachsen, Frankfurt am Main und in Berlin leitende Funktionen seiner Partei und gehörte gleichzeitig dem Preußischen Landtag an. 1929 wurde er in das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands gewählt.

Schon am 6. März 1933 fiel Albert Kuntz der Gestapo in die Hände. Nach Verbüßung einer dreijährigen Zuchthausstrafe verschleppten ihn die Faschisten in das gerade im Aufbau befindliche KZ Buchenwald. Hier begann eine neue ruhmvolle Periode seines unbeugsamen Kampfes gegen den Faschismus. Gemeinsam mit den früheren Reichstagsabgeordneten Walter Stoecker, Dr. Theodor Neubauer und anderen bewährten Funktionären der KPD organisierte er den Widerstand der politischen Gefangenen gegen die SS.

Albert Kuntz, ein gesunder und kraftvoller deutscher Mann, ein Sohn der Arbeiterklasse, hat Zeit seines Lebens einen selbstlosen Kampf für das Wohl aller schaffenden Mitmenschen geführt und gegen den verbrecherischen Nazismus unter den schwierigsten Bedingungen Widerstand geleistet. Nur wenige Monate vor der Befreiung wurde er deshalb von anderen Deutschen, von entmenschten SS-Banditen, heimtückisch ermordet. Sein Kampf und Opfer sind Beispiel auch für unsere Zeit und sollen unvergessen bleiben.

## DER MAHN RUF

Mitteilungsblatt für die Mitglieder der VVN Westberlin. Herausgeber: VVN Westberlin, Berlin 44, Boddinstraße 64. Für den Inhalt verantwortlich: Karl Winkel.